

# KRIMINALITÄT

## Weltforum für Verbrechenverhütung

***Die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität wird verbessert. Darauf einigten sich die Delegierten beim zehnten Verbrechenkongress der Vereinten Nationen in Wien.***

Der zehnte Kongress der Vereinten Nationen für Verbrechenverhütung und die Behandlung Straffälliger vom 10. bis 17. April 2000 im Wiener Konferenzzentrum hatte die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zum Schwerpunkt. Weitere Tagesordnungspunkte waren

- die Förderung der Rechtstaatlichkeit und Stärkung der Strafrechtspflege;
- neue Entwicklungen einer wirksamen Verbrechenprävention; sowie
- Täter und Opfer: Verantwortlichkeit und Fairness im Strafrecht.

Etwa 2.000 Vertreter der Regierungen, darunter 30 Minister, der UN-Organisationen, der zwischenstaatlichen und privaten Organisationen sowie Wissenschaftler, Sachverständige, Kriminologen und Kriminalbeamte nahmen an diesem Weltforum für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege teil. Zum Präsidenten des Kongresses, der etwa alle fünf Jahre stattfindet, wählte die Staatengemeinschaft Südafrikas Justizminister Penuell Mpapa Maduna. Während der Tagung gab es vier technische Workshops:

- Kriminalität in Zusammenhang mit Computernetzen,
- Bekämpfung der Korruption,
- die Einbindung kommunaler Strukturen in die Verbrechenprävention und
- Frauen innerhalb des Strafrechtssystems.

## Gemeinsames Vorgehen

Um das weltweite organisierte Verbrechen zu bekämpfen, müssten weltweite Anstrengungen unternommen und funktionierende Netze technischer und juristischer Zusammenarbeit errichtet werden, forderte die stellvertretende Generalsekretärin Louise Fréchette bei der Eröffnung des Kongresses. Die "noch nie da gewesene Herausforderung der modernen und zunehmend weltweit agierenden Kriminalität" habe es deutlich gemacht, dass kein Staat allein erfolgreich gegen das grenzüberschreitende Verbrechen vorgehen könne, sagte Fréchette.

Am 14. und 15. April trafen sich Regierungsmitglieder, darunter 30 Innen- und Justizminister, sowie Generalstaatsanwälte und andere Spitzenbeamte zum "Tagungsteil auf hoher Ebene". Pino Arlacchi, Exekutivdirektor des UN-Büros für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung (ODCCP), appellierte an die Staaten, mehr finanzielle Mittel im Kampf gegen das organisierte Verbrechen zur Verfügung zu stellen.

Diese Mittel sollten zur Entwicklung und Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Umsetzung der technischen Anforderungen verwendet werden. Österreichs Innenminister Dr. Ernst Strasser forderte in seiner Rede, dass vor allem das Protokoll über den Menschenhandel rasch ratifiziert werde.

## **Wiener Erklärung**

Der UN-Kongress endete mit der Verabschiedung der "Wiener Erklärung über Verbrechen und Gerechtigkeit: Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts" ("Vienna Declaration on Crime and Justice"). Darin wird betont, dass es Aufgabe eines jeden Staates sei, ein faires, verantwortungsvolles, den ethischen Normen entsprechendes, effizientes System der Strafrechtspflege zu schaffen. Mit der Deklaration wird auch versucht, die UNO zu verpflichten, wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Menschenhandels sowie des illegalen Waffenhandels zu erarbeiten. Außerdem solle die Konvention der Vereinten Nationen über grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen rasch verabschiedet werden und in Kraft treten.

Diese Konvention werde "eine wichtige Waffe bei der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität" sein, sagte Pino Arlacchi. Die OK-Konvention soll bei der Millenniums-Generalversammlung der UN im Oktober 2000 beschlossen werden. Dort wird die Wiener Erklärung zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt.

*Werner Sabitzer*